

Freiherr von Bissing, W. M.

Article

Die Volkskommunen und die chinesische Agrarpolitik

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft

Provided in Cooperation with:

Duncker & Humblot, Berlin

Suggested Citation: Freiherr von Bissing, W. M. (1962) : Die Volkskommunen und die chinesische Agrarpolitik, Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, ISSN 1619-6244, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 82, Iss. 2, pp. 149-170, <https://doi.org/10.3790/schm.82.2.149>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/290988>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Die Volkskommunen und die chinesische Agrarpolitik

Von

W. M. Frhr. v. Bissing - Berlin

A.

China ist ein Agrarstaat, der sich im Übergang zum Industriestaat befindet. China gehört also zu den ostasiatischen Entwicklungsländern, und seine Besonderheit liegt darin, daß seine Wirtschaft und Gesellschaft, seitdem die Kommunisten im Jahre 1949 die Macht und Regierung übernommen haben, sozialistisch nach sowjetischem Muster geformt ist, und daß die führenden Persönlichkeiten als Kommunisten auf dem Boden des Marxismus-Leninismus weltanschaulich so stehen, wie sie ihn auffassen. Daher muß die Entwicklung zum Industriestaat letzten Endes darauf hinsteuern, die kommunistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu errichten. Der gegenwärtige Zustand ist demnach nur als das sozialistische Übergangsstadium vom Feudalismus zum Kommunismus zu betrachten.

Dieses China hatte Ende 1960 wahrscheinlich etwa 685 Millionen Einwohner. Der jährliche Bevölkerungszuwachs beträgt 2 ‰, so daß voraussichtlich im Jahre 1965 die Bevölkerung auf etwa 750 Millionen und im Jahre 1980 auf eine Milliarde angestiegen sein wird. Die Bevölkerungsdichte beträgt in China rund 80 Menschen auf den qkm gegenüber 10 in der Sowjet-Union und 20 in den USA. Etwa 66¹/₃ ‰ der Erwerbstätigen sind auch heute noch in der Landwirtschaft tätig.

Bevor die Kommunisten die Macht übernahmen, entfielen auf einen bäuerlichen Haushalt mit 6 Köpfen etwa 1 ha Land. Diese Fläche reichte nicht aus, um die bäuerliche Familie zu ernähren. Die starke Bevölkerungsvermehrung bewirkte, daß in China, wie in den meisten anderen asiatischen Entwicklungsländern, ein Wettlauf zwischen Produktions- und Ernährungsmöglichkeiten und der Bevölkerungsvermehrung stattfand und heute noch stattfindet. Die Abhilfemittel sind einmal, die Landwirtschaft fördern, sie mit den modernen Produktionsmöglichkeiten vertraut machen, die zu einer Steigerung der Erträge je Flächeneinheit führen, und dann gleichzeitig die Bevölkerung auf dem Lande verdünnen, indem die zuviel vorhandenen Ar-

beitskräfte in der Industrie unterkommen. Das heißt also Industrialisierung bei gleichzeitiger Förderung der Landwirtschaft. Eine Landwirtschaft mit hoher Erzeugungskraft ist also notwendig, weil einmal die steigende Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgt werden muß, weil weiter ein Agrarstaat nur Agrarprodukte exportieren kann, um dafür die für die Industrialisierung erforderlichen Investitionsgüter zu importieren, und weil endlich die Landwirtschaft die wichtigste Quelle der Kapitalbildung ist

Aus dieser Überlegung heraus konnte vor 6 Jahren der amerikanische Nationalökonom *Rostow*¹ die Frage stellen: „Kann das kommunistische China der bisher universalen Krankheit der kommunistischen Länder entgehen, die in einer relativen Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion besteht?“ *Rostow* beantwortet dann seine Frage an einer späteren Stelle seines Buches dahin², das „die gegenwärtige und die in Aussicht stehende Agrarpolitik im kommunistischen China die Tendenz hat, gerade diejenigen Maßnahmen zu untergraben, die eine Erhöhung der Agrarproduktion ermöglichen würden“. Das Problem ist nun, ob und warum die Kommunen auch von diesem Verdikt getroffen werden. Eine Übersicht über die großen Züge der Agrarpolitik von 1949 bis 1958 und dann über den großen „Sprung nach vorwärts“ wird das Urteil erleichtern und vertiefen.

B.

I.

China war vor 1949 ein Bauernland. Von den Bauern bewirtschafteten 40 % Boden, der ihnen zu Eigentum gehörte, 25 % waren Teilpächter und 27 % Pächter. 5 % der Bauern galten als Großbauern mit über 6 ha Grundbesitz. 43 % der kultivierten Landfläche gehörte Großgrundbesitzern, die in den Städten wohnten und ihr Land verpachtet hatten, Großbetriebe waren nicht vorhanden. Die armen Bauern bis zu 0,8 ha Landbesitz machten 45 % der Bevölkerung aus, die aber nur 7 % des Landes besaßen³. Die Pachten waren sehr hoch und stellten sich zwischen 50 und 60 % der Ernte. Die Bauern waren sehr oft an die Verpächter und die großen Grundbesitzer hoch verschuldet, und der Zinssatz für kurzfristige Kredite lag zwischen 30 und 40 % p.a.

Die landwirtschaftliche Produktionsweise war außerordentlich primitiv, aber intensiv. Sie näherte sich vielerorts weitgehend dem Gartenbau. In den südlichen Provinzen Kwangsi, Kwantung und Fukien

¹ W. W. *Rostow*, *Rotchina*, Wirtschaft und Politik. Köln 1959, S. 9.

² a.a.O., S. 350.

³ Bernh. *Grossmann*, Die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrep. China, Stuttgart 1960, S. 23.

gestatten Klima und Boden, zweimal im Jahr Reis zu ernten. Für die Höhe des Ertrages waren und sind die Versorgung des Ackers mit Wasser sowie das Wetter entscheidend. Aus diesem Grunde spielten die zahlreichen Bewässerungsanlagen eine entscheidende Rolle. Die chinesische Landwirtschaft hat aber immer unter drei Arten von Naturkatastrophen gelitten: Taifunen, Überschwemmungen und Dürren. Maschinenverwendung und künstliche Düngungen waren weithin unbekannt. So war neben dem Boden die menschliche Arbeitskraft entscheidender Produktionsfaktor in den chinesischen bäuerlichen Betrieben, und dieser Produktionsfaktor war im Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen Verwendungsmöglichkeit oft in zu reichlichem Maße vorhanden.

Wenn China sich aus einem Lande der Armut zu einem Lande des Wohlstandes entwickeln wollte, als die Kommunisten im Jahre 1949 die Macht übernahmen, so war außer der Industrialisierung eine durchgreifende Agrarreform und eine Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktionsweisen erforderlich. Der Druck der Schulden und Zinsen, die hohen Pachten und die Härte der Gläubiger und Verpächter den armen Bauern gegenüber ließ diese Bauern in den Kommunisten die Befreier von wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Druck sehen. *Mao-Tse-tung*, der Führer der chinesischen Kommunisten, hatte die Bedeutung der armen Bauern für die Sache der kommunistischen Revolution voll erkannt. Diese armen Bauern, so äußerte sich *Mao-Tse-tung*, „sind die gewaltige Masse der ländlichen Bevölkerung, die entweder überhaupt kein Land oder zu wenig Land besitzen. Das ländliche Halbproletariat ist die die größten Massen umfassende Triebkraft der chinesischen Revolution, der natürliche und zuverlässigste Verbündete des Proletariats, die Hauptarmee der chinesischen Revolution“⁴.

Den Weg zu einer sozialistischen Agrarrevolution hatte die Sowjet-Union gewiesen. Sie konnte als Vorbild dienen, wobei die Art der Durchführung der Eigenart der chinesischen Bauern und der chinesischen Landwirtschaft angepaßt werden mußte. Die prinzipielle Grundlage dafür hatte Engels im Jahre 1894 geschaffen, als er in einer kleinen Schrift über die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland schrieb: „Unsere Aufgabe gegenüber den Kleinbauern besteht zunächst einmal darin, seinen Privatbetrieb und seinen Privatbesitz in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und durch Darbietung gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck . . . Wir werden alles nur irgend Zulässige tun, . . . um ihm den Übergang in die Genossenschaft zu erleichtern, falls er sich dazu entschließt. Falls er diesen Entschluß nicht fassen kann, werden wir

⁴ *Mao-Tse-tung*, Ausgew. Schriften, Bd. 3, Berlin 1956, S. 112.

ihm eine verlängerte Bedenkzeit auf seiner Parzelle ermöglichen⁵.“ *Engels* trägt dem ausgeprägten Hang des Kleinbauern am privaten Eigentum Rechnung. Auch der chinesische Kleinbauer war aus seiner individualistischen Einstellung heraus dem privaten Eigentum verhaftet. Darauf hatten die Kommunisten Rücksicht zu nehmen, als sie nach der Übernahme der Macht an die dringend notwendig gewordene Agrarreform herangingen. Der Chinese ist in seiner Familie fest verwurzelt. Der chinesische Bauernhof ist die Lebensgrundlage der Familie. Diese Familie ist eine Großfamilie, und um sie zu erhalten, wird gewirtschaftet. Wer ein Einkommen erwirbt, tut es für die Familie. Auch nach dem Tode bleiben die Familienmitglieder mit dem Hof verbunden, wenn sie ihre letzte Ruhe mitten im Acker finden, und wenn ihre Gräber pietätvoll erhalten werden. Die chinesische Gesellschaft vor 1949 war eine primitive Agrargesellschaft, in der das Primärgebilde der Familie und die Verehrung der Ahnen das integrierende Moment bildeten. Aber neben dieser Familienverbundenheit zeigt der einzelne Chinese einen ausgesprochenen Hang zur persönlichen Freiheit. Der darin zutage tretende Individualismus wurde nur dann beschränkt, wenn es galt, im Interesse des Hofes und damit der Familie gemeinsame Maßnahmen zu treffen, um das Ackerland mit dem nötigen Wasser zu versorgen oder um drohendes Hochwasser und Überschwemmungen durch Deichbauten vom Hof fernzuhalten.

Der *erste Schritt* zur Umgestaltung der gesellschaftlichen und der Besitzverhältnisse auf dem Lande tat das Gesetz über die Bodenreform vom 28. Juni 1950. Es setzte zunächst die Pachten und Darlehnszinsen herab und bestimmte einen Höchstsatz für Schuldzinsen. Die besonders drückenden Schuldverhältnisse, vor allem bei den kleinen Bauern, erklärte es für nichtig. Dann legalisierte das Gesetz eine von *Mao-Tse-tung* in seiner Schrift⁶ „Wie man die Klassenzugehörigkeit im Dorfe bestimmt“ vorgenommene Klasseeinteilung in Grundherren, reiche Bauern, mittlere Bauern, arme Bauern und Landarbeiter. Das Gesetz legte die Bodenreform in die Hand der Parteikader und örtlichen Bauernvereinigungen, aus denen ein Exekutivkomité gewählt wurde, das natürlich vorwiegend aus armen Bauern und Landarbeitern bestand. Aufgabe des Komités war es, die einzelnen Dorfbewohner auf die einzelnen Klassen aufzuteilen. Grundherren und reiche Bauern, die Land verpachteten und fremde Arbeitskräfte beschäftigten, sind die Klassenfeinde. Die Mittelbauern werden noch geduldet, weil sie ihr Land mit familieneigenen Arbeitskräften bestellten und ein bescheidenes Dasein führen, während Kleinbauern und Landarbeiter die Ausgebeuteten sind, deren sich die

⁵ Fr. *Engels*, Kleine ökonomische Aufsätze, Berlin 1931, S. 147—49.

⁶ *Ausgew. Schriften*, Bd. 1, Berlin 1956.

Bodenreform vor allem anzunehmen hat. Das geschah dadurch, daß Großbauern und Grundherren entschädigungslos enteignet wurden und ihr Land an die armen Bauern und die Landarbeiter verteilt wurde. Die Mittelbauern blieben im allgemeinen unbelästigt. Wie schon die Einteilung in Klassen und die Bewertung der Klassen zeigt, stand bei der Bodenreform weniger das Bestreben im Vordergrund, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und die Produktionsmethoden zu verbessern, als vielmehr die Absicht, die Bodenreform zu einem Instrument des radikalen Klassenkampfes zu machen. In der Art, wie sie durchgeführt wurde, mußte sie gerade dem wichtigen Ziel entgegenwirken, das auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung hinsteuerte, weil sie die leistungsfähigen Großbauernbetriebe zerschlug, die bisher über ihren eigenen Bedarf hinaus auch für den Markt produziert hatten. Außerdem mußten die Mittelbauern davon abgehalten werden, ihre Erzeugung zu steigern, da sie dann befürchten mußten, in die Klassen der reichen Bauern eingestuft zu werden, worauf ihnen dann die Enteignung ihres Hofes drohte.

Wenn in den Jahren nach 1949 die landwirtschaftliche Produktion dennoch zunahm, so führt *Großmann* das wohl mit Recht mehr auf die Gunst der Witterung als auf die Wirkungen der Bodenreform zurück. Die Nahrungsmittelversorgung begann sich zwar zu bessern, aber ausreichend war sie noch nicht. Die Verteilung der Lebensmittel mußte deswegen rationiert werden.

Vorkriegserzeugung in China von 1949 bis 1961 (1000 t)^{a)}

Vorkriegs-	1949	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
ernte	101,46	128,8	136,4	140,1	175,5	148,3	134,3	131,9
150 005	100	126	134	138	172	146	132	130

^{a)} Werner *Handke*, Die Wirtschaft Chinas, Frankfurt a. M. 1959, S. 198, und Dr. Curt *Zimmermann*, Rotchinas Wirtschafts- und Finanzlage, Ostprobleme. 13. Jahrg. 1961, S. 701.

Der *zweite Schritt* sozialistischer Agrarpolitik erfolgte 1950 im Herbst. Die meisten landwirtschaftlichen Betriebe waren durch die Bodenreform zu klein geworden, um sich ein Zugtier zu halten oder um sich die erforderlichen Ackergeräte anschaffen zu können. Daher schloß man die bäuerlichen Betriebe zu Nachbarschaftshilfen zusammen. Durch die gemeinsame Nutzung von Zugtieren und Ackergerät sollte auf eine Vergrößerung der landwirtschaftlichen Produktion hingewirkt werden. Dieser Zusammenschluß konnte einmal nur vorübergehender Art sein. Dann war er eine Zusammenfassung der Produktivkräfte in den Zeiten der Bestellung und der Ernte. Er konnte weiter auch von Dauer sein, und dann wurde schon der Anbau gemeinsam

geplant und auch ohne Rücksicht auf die Grenzen des Eigentums durchgeführt; doch blieb das Privateigentum am Boden, am Vieh, am Ackergerät und an den Gebäuden erhalten und jedes Mitglied der Nachbarschaftshilfe erhielt das, was auf seinem Boden geerntet wurde, um es zu verwerten. Der private Handel mit Agrarerzeugnissen war noch nicht beseitigt. Von 1950 bis 1954 wurden fast 51 % der bäuerlichen Haushalte, das sind rund 70 Millionen, in Nachbarschaftshilfen zusammengeschlossen. Die Bauern sollten sich auf diese Weise an die Zusammenarbeit gewöhnen, die vorhandenen Arbeitskräfte rationeller und produktiver eingesetzt werden, und die Kommunisten hofften, die Bauern davon überzeugen zu können, wie vorteilhaft es für sie sei, wenn sie den Schritt vom individuellen zum kollektiven Eigentum täten.

Da der private Handel mit Agrarerzeugnissen noch bestehen geblieben war, war die bäuerliche Wirtschaft im sozialistischen Sinne eine Warenwirtschaft, die auf dem Privateigentum beruhte. In der Stadt dagegen waren die Produktionsmittel der Industrie, des Handels und der Banken bereits in das Gemeineigentum des Volkes übergeführt worden. So bestand ein grundlegender Unterschied zwischen Stadt und Land, den aufzuheben gerade die marxistische Theorie vom Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus forderte. „Es ist klar“, so hatte *Lenin* gelehrt, „daß man zur völligen Aufhebung der Klassen nicht nur die Ausbeuter, die Gutsbesitzer und die Kapitalisten stürzen, nicht nur ihr Eigentum abschaffen muß, man muß auch sonst jedes Privateigentum an den Produktionsmitteln abschaffen, man muß sowohl den Unterschied zwischen Stadt und Land wie auch den Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeitern aufheben“⁷.

Der Weiterentwicklung und der Festigung des Sozialismus als der Durchgangsstufe zum Kommunismus sollte der erste und der zweite Fünfjahresplan dienen, die sich auf die Jahre 1953 bis 1957 und 1958 bis 1962 erstreckten. Das Hauptgewicht der Entwicklung wurde nunmehr getreu dem sowjetischen Vorbild auf die Schwerindustrie, insbesondere die Rüstungsindustrie gelegt. Demgegenüber hatten die anderen Wirtschaftszweige zurückzutreten. Die Landwirtschaft mußte ebenfalls in die Fünfjahrespläne eingegliedert werden. Ihre Aufgabe war

1. die notwendigen Nahrungsmittel für die wachsende Bevölkerung zu produzieren,
2. die notwendigen Arbeitskräfte für die im Aufbau befindliche Industrie zu stellen,

⁷ *Lenin*, Ausgew. Werke, Bd. 2, S. 571

3. die notwendigen Kapitalien für den Aufbau der Industrie zu schaffen, da ausländische Kapitalien nur von der Sowjet-Union in verhältnismäßig geringem Umfang zu erwarten waren.

Was das für die Landwirtschaft bedeutete, hatte *Stalin* einst im Jahre 1933 folgendermaßen formuliert: „Die grundlegende Aufgabe des (ersten) Fünfjahresplanes bestand darin, die kleine und zersplitterte Landwirtschaft auf die Bahnen des kollektiven Großbetriebes überzuleiten, dadurch die ökonomische Basis des Sozialismus im Dorf sicherzustellen und auf diese Weise die Möglichkeit einer Wiederherstellung des Kapitalismus in der UdSSR zu beseitigen⁸.“ Denn „die individualistische Bauernschaft ist eine Klasse, die aus ihrer Mitte Kapitalisten, Kulaken und überhaupt Ausbeuter verschiedener Art hervorbringt, sie erzeugt und nährt“⁹. So gilt es nun, „eine auf der Grundlage der Freiwilligkeit und des gegenseitigen Nutzens unter Führung und mit Hilfe der kommunistischen Partei und der Volksregierung von den Bauern eingerichtete kollektivistische Wirtschaftsorganisation der werktätigen Bauern“ zu schaffen, deren Ziel es ist, „die kapitalistische Ausbeutung auf dem Lande und die Rückständigkeit der kleinbäuerlichen Wirtschaft zu überwinden, eine sozialistische Landwirtschaft zu entwickeln und den Bedürfnissen der sozialistischen Industrialisierung gerecht zu werden“¹⁰.

Damit war das Zeichen zum *dritten Schritt* gegeben. Wenn man nunmehr um die Jahreswende 1953/54 begann, auf „freiwilliger“ Grundlage vor allem sozialistische landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften zu errichten, so wandelte man getreu auf den Pfaden des Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung. Die Produktionsgenossenschaften glichen der sowjetischen Kolchose. Sie umfaßten etwa 200 bis 250 Familien¹¹ und erstreckten sich räumlich über mehrere Dörfer und Weiler. Ein Dorf oder ein Weiler bildete eine Produktionsbrigade, die wiederum aus mehreren Arbeitsbrigaden bestand. Die Bauern brachten Boden, Vieh und Inventar in die Produktionsgenossenschaft ein, behielten jedoch Kleinvieh, ein Stück Gartenland und das Wohnhaus zur individuellen Nutzung. Sie wurden am Ertrag der Genossenschaft nach Maßgabe der geleisteten Arbeitspunkte, die auf Grund bestimmter Normen ermittelt wurden, nach der Ernte beteiligt und erhielten im Laufe des Jahres bis zur endgültigen Abrechnung Vorschüsse. Die chinesischen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sollten nicht dazu dienen, die Mecha-

⁸ *Stalin*, Ges. Werke, Berlin 1953, Bd. 13, S. 155.

⁹ *Stalin*, a.a.O., Bd. 11, S. 85.

¹⁰ Mustersatzung für chin. landw. Kooperative, zitiert nach *Grossmann*, a.a.O., S. 178/79.

¹¹ *Max Biehl*, Die Umwälzung der Landwirtschaft in China, in Gegenwartsprobleme der Agrarökonomie, Festschrift für Fritz Baade, Hamburg 1958, S. 39.

sierung der Landwirtschaft in größerem Umfang durchzuführen, wie das seinerzeit in der Sowjetunion der Fall gewesen war, sondern man wollte in China auf diesem Wege die Arbeitskräfte noch fester zusammenfassen als bisher. Man wollte Massenarbeit organisieren. Eine Mechanisierung der Landwirtschaft kam aus Mangel an Maschinen nicht in Frage.

Bis zum Mai 1956 waren 35 Millionen Haushalte solchen Produktionsgenossenschaften beigetreten. Gleichzeitig mit der Errichtung der Produktionsgenossenschaften wurde der freie Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen verboten. Die Produktionsgenossenschaften mußten bestimmte Pflichtmengen an neu errichtete staatliche Absatz- und Bezugsgenossenschaften zu Preisen verkaufen, die vom Staat festgesetzt waren. Diese Maßnahme gab dem Staat die Möglichkeit, die Produktionsgenossenschaften schärfer daraufhin zu kontrollieren, inwieweit sie ihrer im Wirtschaftsplan festgelegten Ablieferungspflicht nachkamen. Weiter vermochte der Staat auf die sehr niedrigen Abnahmepreise, die knapp die Produktionskosten deckten, hohe Handelsaufschläge zu legen, so daß er beträchtliche Gewinne erzielte, mit denen er die im Aufbau begriffene Industrie finanzieren konnte.

Die Verwendung von chemischem Dünger und von besserem Saatgut sollte im Verein mit einer besseren Bestellung die Erträge steigern. Aber das setzte voraus, daß die Industrie eine genügende Anzahl von Maschinen und ausreichende Mengen chemischen Düngers an die Landwirtschaft liefern konnte, und daß weiter genügend fachlich geschulte Kräfte vorhanden waren, um die Produktionsgenossenschaften zu leiten. Dieses alles aber fehlte. Endlich mußten die Bauern bereit sein, ihren individualistischen Begriff vom Bauerntum und vom Eigentum fallen zu lassen. Aber gerade dazu waren die Bauern nicht gewillt, weil es ihrem inneren Wesen widersprach. So waren eigentlich alle ökonomischen und persönlichen Voraussetzungen, die agrarische Produktion nachhaltig zu steigern, nicht gegeben. Zwar stieg die landwirtschaftliche Erzeugung langsam, aber viel zu langsam, um den Bedarf an Nahrungsmitteln für die wachsende Bevölkerung zu decken. Die Rationierung vieler Nahrungsmittel mußte daher nach wie vor aufrechterhalten werden.

Bis Ende 1956 waren 110 Millionen bäuerlicher Haushalte in den sozialistischen Produktionsgenossenschaften organisiert, und bis zum Dezember 1957 waren die letzten Einzelbauern beseitigt. Doch die landwirtschaftliche Produktion blieb weiter hinter dem planmäßigen Soll zurück, auch wenn die Produktion an Nahrungsfrüchten von 1952 bis 1956 von 163,9 auf 192,7 Mill. t stieg¹². Dazu wuchs trotz aller ideologischer Erziehungsaktionen die Unzufriedenheit unter den

¹² Grossman, a.a.O., S. 174.

Bauern, die sehr häufig in passive Resistenz ausmündete. Deswegen verkündete das Politbüro als *vierten Schritt* einen Zwölfjahresplan für die Landwirtschaft, der die Jahre 1956 bis 1967 umfassen sollte. An erster Stelle stand die Konsolidierung der Kolchosen. Dazu sollte einmal die ideologische Erziehungsaktion verstärkt werden. Dann wurden Staatsgüter errichtet, die den Kolchosen als Musterbetriebe vor Augen gehalten werden sollten. Selbstverpflichtungen der Bauern sollten sie veranlassen, mehr und besser zu produzieren. Die Bewässerungseinrichtungen waren auszubauen und zu verbessern, der Düngemittelverbrauch zu erhöhen, Ödland zu meliorieren und besseres Saatgut zu verwenden.

Wenn in den Jahren 1952 bis 1956 die Produktion an Nahrungsfrüchten angeblich von 163,9 auf 192,7 Mill. sich erhöhte, so wird man diesen Zahlen skeptisch gegenüberstehen müssen. Auf einer Konferenz der chinesischen Statistiker in Peking vom 21. Oktober bis 3. November 1959 sagte der Präsident des Statistischen Amtes der Volksrepublik China, daß die Agrarstatistik, insbesondere die Statistik der landwirtschaftlichen Erzeugung, der schwache Punkt in der statistischen Arbeit sei. Im übrigen aber wäre es Aufgabe der Statistik, eine Waffe im Klassenkampf und im politischen Kampf zu sein. Deswegen müßten die „statistischen Berichte und Ergebnisse den großen Sieg der Generallinie der Partei widerspiegeln, der unter der Führung der Partei errungen würde. Statistik dürfe nicht nur die Wiedergabe objektiver Tatsachen sein“¹³.

Trotz aller dieser Maßnahmen verschärfte sich die Ernährungslage im Jahre 1957 und man führte diese Tatsache darauf zurück, daß die Masse der Bauern doch noch nicht ideologisch genügend gefestigt sei. Das war sicher ein sehr wichtiger Grund, denn die Bauern suchten sich der ideologischen Umerziehung, die sie als Bedrückung empfanden, zu entziehen. Deshalb flohen sie in die Städte und suchten dort Arbeit bei den industriellen Unternehmen. Von 1949 bis 1956 wanderten rund 30 Mill. Menschen vom Lande in die Städte ab. Insofern hatten die agrarpolitischen Maßnahmen im Rahmen der Fünfjahrespläne ihren Zweck erfüllt, als sie die Landwirtschaft von dem dort vorhandenen Zuviel an Arbeitskräften in gewissem Umfang befreiten und der im Aufbau begriffenen Industrie die erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stellten. Aber sie führten zu einem Mißerfolg, soweit sie die landwirtschaftliche Produktion steigern und die Nahrungsmittelversorgung verbessern sollten. Wie sollte auch die Produktion in dem erforderlichen Ausmaß zunehmen, wenn den Bauern die Lust zum Arbeiten fehlte, wenn es an geeigneten Leitern der Kolchosen mangelte, und wenn man der Landwirtschaft ständig

¹³ China News Analysis (C.N.A.), Nr. 324/1960.

Kapital entzog, mit dem in erster Linie die schwere Industrie entwickelt wurde, wie es die Fünfjahrespläne verlangten, und wenn die Industrie andererseits nicht in der Lage war, die Landwirtschaft mit den erforderlichen Maschinen und künstlichen Düngemitteln zu versehen, die sie benötigte, um ihre Produktion zu steigern. Wenn 1956 die Ernte unter schweren Unwetterschäden zu leiden hatte und wenn sie dann in ihrem Ausmaß nicht den Erwartungen entsprach, so waren daran nicht nur die Naturkatastrophen schuld, sondern in erheblichem Umfange auch die Mißgriffe der Agrarpolitik. Diese Agrarpolitik aber hatte letzten Endes doch zum entscheidenden Ziel, die Landwirtschaft sozialistisch umzugestalten, während die Steigerung der Produktion demgegenüber zurücktrat.

II.

Das Jahr 1958 brachte den Chinesen eine Rekordernte, die keine Parallele in der Geschichte des Landes hatte. Allerdings wird von chinesischer Seite zugestanden, daß wohl die statistischen Organe „wegen der mangelnden Erfahrung, eine solche Rekordernte zu schätzen, in vielen Fällen zu hohe Schätzungen vorgenommen haben“¹⁴. Fälschlicherweise führte man die hohen Erträge der Ernte von 1958 auf die „organisierte Massenfeldarbeit“ zurück, wie sie in den Produktionsgenossenschaften stattfand. *Mao-Tse-tung* wollte die Arbeitsleistung noch mehr steigern und forderte im Juni 1958, man müsse jetzt auf industriellem, kulturellem und militärischem Gebiet große Kommunen als Grundeinheiten der Gesellschaft bilden¹⁵. Daraufhin faßte am 29. Septembr 1958 das Politbüro der Kommunistischen Partei Chinas den Beschluß, Volkskommunen zu errichten. Dieser Beschluß wurde dann auch überraschend schnell und offenbar mit großem Schwung durchgeführt. Das war der *fünfte Schritt*, den die Chinesen den großen Sprung nach vorn, d. h. auf den Kommunismus zu, nennen. Noch im Sommer 1958 wurden über 740 000 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften zu 26 000 Volkskommunen zusammengeschlossen. Das sind rund 120 Mill. Familien mit etwa 500 Mill. Menschen oder 99 % aller bäuerlichen Wirtschaften. Die kommunistischen Kreise Chinas meinen, daß dieses Ereignis eine ebenso große Bedeutung habe, wie sie einst die russische Oktoberrevolution gehabt hätte.

Die Volkskommune ist die gesellschaftliche Grundeinheit der sozialistischen Gesellschaftsstruktur Chinas, die die Industrie, die Landwirtschaft, den Handel, die Volksbildung, die Erziehung, das Militärwesen und die politischen Angelegenheiten umfaßt. Sie verdrängt

¹⁴ Peking Review vom 1. 9. 1959.

¹⁵ Grossmann, a.a.O., S. 260.

damit die Familie. In diesen Grundeinheiten schließt sich die arbeitende Bevölkerung unter der Führung der kommunistischen Partei zusammen¹⁶. Die Volkskommune umfaßt zwischen 2000 und 7000 Haushalte und im Durchschnitt sind es 4700 Haushalte mit etwa 20 bis 30 000 Menschen. Räumlich decken sich die Kommunen im allgemeinen mit den Kreisen der staatlichen Verwaltung. Kommunen wurden zunächst nur auf dem Lande errichtet, während man vorerst davon absah, auch städtische Kommunen ins Leben zu rufen, weil die gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse in den Städten zu kompliziert wären und ein großer Teil der städtischen Bevölkerung noch bourgeoisen Ideologien anhinge.

Der innere Aufbau der Kommune stützt sich auf den Kongreß der Kommunevertreter, der oberstes Organ der Kommune ist. Dieser Kongreß wählt das geschäftsführende Kommité, das über Fachressorts und einen bürokratischen Apparat für alle Zweige der Produktion und Verwaltung verfügt. Es sorgt dafür, daß die wirtschaftliche Tätigkeit der Kommune im Rahmen der nationalen Wirtschaftspläne erfolgt. Um die den Kommunen zufallenden Aufgaben zu bewältigen, werden Produktionsbrigaden für die einzelnen Produktionsbereiche gebildet, deren Arbeitskräfte wiederum in Arbeitsbrigaden zusammengefaßt werden. Den Arbeitsbrigaden werden bestimmte Aufgaben übertragen, die sie in gewissen Grenzen selbständig durchführen. Für jede Produktionsbrigade sind Kantine, Kindergärten, Schneider- und Schusterwerkstätten, Kleidermagazine, Krankenreviere und Altersheime vorhanden. In den Kantinen soll das in der Gemeinschaftsküche gekochte Essen gemeinsam verspeist werden, wodurch der häusliche individuelle Herd im Wesentlichen außer Funktion gesetzt wird. Die Mitglieder der Arbeitsbrigaden wurden entlohnt, wobei die Höhe der Löhne durch die Arbeitsbrigaden anfangs selbst festgesetzt wurde. Die Arbeitsbrigaden kamen täglich auf den Feldern und an den anderen Arbeitsstellen zusammen, übten dort Kritik und Selbstkritik und setzten die Arbeitseinheiten fest, die von jedem Mitglied geleistet werden mußten. Die Lohnzahlung erfolgte dann auf Grund der geleisteten Arbeitseinheiten teils in Naturalien, teils in Geld. Die Naturalien umfaßten die von der Gemeinschaftsküche gelieferte Verpflegung, die Wohnung und die etwa erhaltene Bekleidung. Die Kommunen sollen bestrebt sein, die Löhne ihrer Mitglieder schrittweise zu heben, wobei aber jeder „übereilte Versuch das Prinzip ‚jedem nach seiner Leistung‘ durch das Prinzip ‚jedem nach seinen Bedürfnissen‘ zu ersetzen, zu vermeiden ist, da ein solcher Versuch, schon jetzt zum Kommunismus zu gelangen, ehe das dem Kommunismus

¹⁶ Peking Volkszeitung vom 4. 9. 1958 und Peking Review vom 23. 12. 1958.

entsprechende Niveau der Produktivkräfte erreicht ist, zum Scheitern verurteilt ist. ... Wir sollen uns nicht utopischen Träumen hingeben und dann das Stadium des Sozialismus überspringen um in das kommunistische Stadium überzuwechseln“, meint die Peking Review¹⁷.

Wichtige Aufgabe der Volkskommunen ist es, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und zu verbessern. Mit der landwirtschaftlichen Produktion muß aber auch die industrielle eng verbunden sein. Diese industrielle Produktion hat vor allem die Aufgabe, den landwirtschaftlichen Sektor der Kommunen mit landwirtschaftlichen Produktionsmitteln und Arbeitsgeräten zu versorgen, sowie Güter des täglichen Verbrauchs herzustellen. Alle noch funktionsfähigen Handwerkerbetriebe mußten daher auf dem Lande bleiben und weiterentwickelt werden. Daraus aber ergibt sich, daß alle nicht in der Landwirtschaft benötigten Arbeitskräfte in den industriellen Sektor der Kommune überführt werden mußten. In dem Bestreben, das Land zu industrialisieren, wurden bis Ende 1959 200 000 industrielle Anlagen in den ländlichen Volkskommunen errichtet, von deren Produktion 53 % für die landwirtschaftlichen Produktionsgruppen der Volkskommunen bestimmt waren. Der verbleibende Teil wurde entweder mit anderen Volkskommunen Ware gegen Ware ausgetauscht oder an den Staat veräußert.

Die Volkskommune ist also der Organisator der Produktion und des Lebens der Menschen. Sie befreit die Frauen von der unproduktiven Last der Hausarbeit, des Kochens und der Wartung der Kinder und stellt sie mitten in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß als gleichberechtigtes, voll produktives Mitglied hinein. Wenn die Kommunemitglieder ihre Aufgabe richtig erfassen, so wird „eine sozialistische industrielle Arbeitsarmee für die Landwirtschaft auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus“ geschaffen¹⁸. Aber es ist nicht nur eine Arbeitsarmee, die da entsteht, sondern die Arbeitsorganisationen sind gleichzeitig Militärorganisationen, in denen das ganze Volk nach Beendigung der Arbeitszeit militärisch ausgebildet wird, um für den bevorstehenden Kampf gegen den Feudalismus und Imperialismus gerüstet zu sein. Wir sehen also, der Sprung nach vorn, der ja gleichbedeutend mit der Entwicklung der Volkskommunen ist, bedeutet:

1. die Industrialisierung der ländlichen Gebiete und damit einen Schritt, um den Unterschied zwischen Stadt und Land abzuschaufen,
2. einen Versuch, das auf dem Lande vorhandene Kollektiveigentum in Staatseigentum zu überführen und damit die Unter-

¹⁷ 23. 12. 1959.

¹⁸ Peking Review, a.a.O.

schiede zwischen Stadt und Land noch mehr zu verringern und die Entwicklung vom Sozialismus zum Kommunismus weiterzutreiben.

3. einen Versuch, allmählich vom sozialistischen Prinzip der Verteilung nach der Leistung zur kommunistischen Verteilung nach dem Bedürfnis überzugehen,
4. den Versuch, die Warenzirkulation gegen Geld durch den Austausch von Ware gegen Ware zu ersetzen,
5. den Versuch, der Familie die beherrschende gesellschaftliche Stellung zu nehmen,
6. den Versuch, die Funktionen des Staates zunächst einzuschränken mit dem Ziel, sie aufzuheben und den Kommunen zu übertragen.

Die Gründe, die den Sprung nach vorwärts veranlaßt haben, sind einmal ökonomischer und dann ideologischer Art. Ökonomisch kam es den Initiatoren der Volkskommunen darauf an, alle irgendwie verfügbaren Arbeitskräfte fest zusammenzufassen, so daß jederzeit Schwerpunkte des Masseneinsatzes an irgendeiner Stelle des Landes gebildet werden könnten, um auf diese Weise den verhältnismäßig sehr knappen Produktionsfaktor Kapital durch die relativ reichlicher vorhandene Arbeitskraft zu ersetzen. Dann zwang die wenig günstige Ernährungslage dazu, mit den vorhandenen Nahrungsmitteln so sparsam wie möglich umzugehen. Der erforderliche Grad der Sparsamkeit aber schien bei den Millionen individueller Haushalte, in denen die Nahrung individuell zubereitet wurde, nicht gegeben. Daher richtete man Gemeinschaftsküchen und Kantinen bei den Produktionsbrigaden ein. Die Speisen, die dort gereicht wurden, entsprachen etwa dem, was man früher in den armen Gegenden Nordchinas in den Zeiten der Not zu verzehren pflegte¹⁹.

Ideologisch galt es, die Masse der Bauern, die noch immer den Hauptteil der chinesischen Bevölkerung ausmachten, noch intensiver für den Sozialismus zu gewinnen. Weil sie noch keine guten Sozialisten waren, ist nach Meinung der kommunistischen Führer das Ausmaß der agrarischen Produktion hinter dem Bedarf zurückgeblieben. In den Kommunen ist es nun möglich, das Tun und Treiben des Einzelnen bis ins Kleinste zu überwachen, eine intensive sozialistische ideologische Erziehung der Kader und der Mitglieder der Kommunen durchzuführen, den Kampf gegen falsche Tendenzen aller Art und gegen Widerstände gegen die Linie der Partei aufzunehmen. Auf diese Weise wird die private Lebensphäre des Einzelnen weitgehend beschränkt, wenn nicht sogar ausgeschaltet. Vor allem aber erschüttert man die Grund-

¹⁹ C.N.A., Nr. 331/1960.

festen der chinesischen Gesellschaft, die Familie, deren Existenz bedroht wird, wenn die Frauen arbeiten und in der Arbeitszeit ihre Kinder dem Kindergarten anvertrauen müssen, wenn weiter die gemeinsame, die Familienmitglieder immer wieder verbindende Mahlzeit, fortfällt. Anstelle der Familie wird die Kommune gesellschaftliche Grundeinheit.

Für die chinesischen Kommunisten sind die Kommunen ein Produkt aus „der allgemeinen Wahrheit des Marxismus-Leninismus und der Wirklichkeit der chinesischen Revolution“, wie es der Generalsekretär der chinesischen Kommunistischen Partei, Tung-Hsin-sing in einem Artikel in der Moskauer *Prawda* zum Ausdruck bringt²⁰. Deshalb sind die Kommunen als Form gesellschaftlicher Organisation keine zufällige Erscheinungen. Aber diese Kommunen sind für sie noch durchaus sozialistisch ihrem Wesen nach, auch wenn sie schon Rudimente des Kommunismus enthalten. Aber die Chinesen wollen, bevor der Sozialismus bei ihnen voll entfaltet ist, „einen konkreten Weg für den Übergang zum Sozialismus erproben“ und mit Hilfe der Kommunen den „Aufbau des Sozialismus vorzeitig beenden und den allmählichen Übergang zum Kommunismus durchführen“²¹. Daß sich diese Auffassung nicht ganz mit den in Moskau vertretenen deckt, sei hier nur nebenbei erwähnt.

Jetzt handelt es sich darum, festzustellen, welche Wirkungen von der Errichtung der Volkskommunen ausgegangen sind und wie sie im Laufe der Jahre weiterentwickelt wurden. Da die Kommunen die Grundeinheit der gesellschaftlichen Struktur des Landes wurden, und da sie in weite Gebiete der staatlichen Verwaltung und der Wirtschaft eindringen, verursachten sie ein starkes Durcheinander in Wirtschaft und Verwaltung, das besonders durch das Verhalten der militärischen Befehlshaber hervorgerufen wurde, die nach der Parole, „Organisation nach militärischen Regeln“ die Herrschaft in den Kommunen an sich zu reißen suchten. Und das war von erheblicher Bedeutung, da in den Kommunen die Verfügung über den Grund und Boden und über den Einsatz der Produktionsmittel und der Arbeitskraft zentralisiert war. Damit aber war diese Verfügungsmacht vielfach in Hände gelegt, die fachlich meist nicht den an sie gestellten Anforderungen entsprachen und mangelndes Wissen und Können durch vermehrte Anwendung militärischer Disziplin zu ersetzen versuchten. Auf die Bauern wirkte die militärische Organisation und die Machtfülle, die sie den Funktionären gab, außerordentlich ungünstig. Falscher Ehrgeiz der Funktionäre führte nicht selten dazu, daß die Arbeits-

²⁰ *Prawda* vom 1. 10. 1959.

²¹ Zitiert nach Boris Meissner, *Die Volkskommunenkonzeption in Moderne Welt*, 2. Jg., Heft 4, S. 342, Köln 1960/61.

kräfte der Kommunemitglieder überanstrengt wurden. Häufig mußten die Bauern Tag und Nacht ohne Pause arbeiten. So war es kein Wunder, wenn sich die Bauern dann von den Funktionären ausgebeutet fühlten. Weil es den Funktionären häufig an den erforderlichen Sachkenntnissen auf dem Gebiet der Landwirtschaft fehlte, zwangen sie die Bauern, von den alten bewährten Methoden der Feldbestellung und des Anbaues abzulassen und dafür angeblich erprobte, von der Wissenschaft vorgeschlagene, neue Wege der Agrarproduktion einzuschlagen, die aber oft den Boden- und Klimaverhältnissen nicht angemessen waren. Dann hatten die Kommunen das Privateigentum völlig beseitigt. Sie hatten weiter dazu beigetragen, daß sich die Familien aufzulösen begannen, da die Frauen, statt in der Hausarbeit tätig zu sein, in die agrarische oder industrielle Produktion gezwungen wurden. Der Erfolg war, daß sich die Bevölkerung den Kommunen gegenüber ablehnend verhielt und passiven Widerstand leistete, wodurch die ungünstigen Wirkungen der oft unsachlichen Maßnahmen der Funktionäre noch verstärkt wurden. Der chinesische Bauer wehrte sich gegen die Einschränkung seiner persönlichen Freiheit sowie dagegen, als Arbeitsmaschine statt als Mensch behandelt zu werden. Die Wirkung von alledem war, daß sich ein zunehmender Strom von Menschen vom Lande in die Stadt ergoß, und daß vor allem aus den südlichen Provinzen viele Bauern in die englische Kolonie Hong-Kong flohen. Denn zu schwerer Arbeit begann sich auf dem Lande der Hunger zu gesellen.

Im Jahre 1959 blieb durch Naturkatastrophen die Ernte in ihrem Ausmaß weit hinter der von 1958 zurück. Daran waren aber nicht nur die allenthalben im Lande aufgetretenen Unwetterschäden schuld, sondern vielleicht in gleicher Weise die Fehlplanungen und Fehlleistungen in den Kommunen sowie der Widerstand der Bevölkerung gegen die Kommunen. Anders ist es wohl kaum zu erklären, wenn 7 Mill. ha Boden im Erntejahr 1958/59 nicht bestellt worden sind.

Man hatte aber in den leitenden Kreisen sehr bald den Widerstand der Bauern gegen die Kommunen bemerkt, und so hatte sich schon im Dezember 1958 das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas in der sogenannten Wuhan-Resolution entschließen müssen, den Bauern einige Konzessionen zu machen. Aber es wurden nicht etwa die Volkskommunen aufgelöst oder in ihrer Bedeutung für die gesellschaftliche und ökonomische Organisation Chinas gemindert, sondern die Volkskommune bleibt weiter „die Organisation der Produktion und des Lebens der Menschen“²². Um die Bauern mit der

²² Peking Review, 23. 12. 1958.

Einrichtung der Kommunen auszusöhnen, wird statt des einen kollektiven Kommuneeigentums ein dreistufiges Eigentum an den Produktionsmitteln eingeführt. Nur ein Teil des Eigentums bleibt noch in den Händen der Kommunen wie die landwirtschaftlichen Maschinen, die in den Motoren-Traktorenstationen zusammengefaßt werden, während das Eigentum an Boden und den Arbeitsgeräten in die Hände der Produktionsbrigaden gelegt wurde. Die Produktionsbrigade entspricht etwa dem alten sozialistischen Produktionskollektiv, also der Kolchose. Als dritte Stufe des Eigentums aber gibt es wieder in gewissen Grenzen auch privates Eigentum. Die Wuhan-Resolution sagte dazu: „Es ist notwendig, die Massen darauf hinzuweisen, daß das persönliche Eigentum der Mitglieder, die Häuser und ihre Einrichtung und die Bekleidung sowie die Guthaben bei Banken und Sparkassen, auch nach dem Eintritt in die Kommune Eigentum der Mitglieder bleiben²².“ Die Mitglieder dürfen weiter eigene Obstbäume in der Nähe ihrer Häuser, kleine landwirtschaftliche Geräte und Werkzeuge sowie kleine Haustiere und Geflügel behalten. Aber dennoch bleibt die Kommune das Zentrum, von dem aus die Arbeitskräfte für die größeren Vorhaben (Anlage von Bewässerungseinrichtungen, Kanal- und Deichbauten, Eisenbahn- und Straßenbau) organisiert und verteilt werden. Die ausführenden Organe werden jetzt die Produktions- und Arbeitsbrigaden, wobei die Produktionsbrigade zur Grundeinheit der Produktion wurde²³.

Die Entlohnung wurde mehr den Leistungen angepaßt und auf Grund von Arbeitsnormen berechnet. Der Geldlohn soll den überwiegenden Teil des Lohnes ausmachen, und die Löhne sollen in dem Maße, wie die Produktion zunimmt, steigen. Die Arbeitszeit soll in der Regel 8 Stunden nicht übersteigen; auf jeden Fall soll täglich eine Freizeit von 12 Stunden eingehalten werden, die nicht gekürzt werden darf. Endlich wird der staatlichen Verwaltung wieder Geltung verschafft, der sich die Kommunen unterzuordnen haben. Die Zahl der Volkskommunen wurde im Winter von 26 000 auf 24 000 vermindert, vor allem, um an Verwaltungspersonal zu sparen.

Der Warenaustausch zwischen den Kommunen wurde dahin geregelt, daß die Kommunen untereinander zweimal im Jahr Lieferungsverträge abschlossen und in der gleichen Weise mit der staatlichen Handelsorganisation in Verbindung traten. Der Verkauf der Waren erfolgte gegen Geld, an Stelle des Warenaustausches trat also wieder das Geldgeschäft.

Die meisten der von den Massen im Jahre 1958 errichteten und nach primitiven Methoden betriebenen industriellen Kleinbetriebe, insbe-

²³ C.N.A. 341/1960.

sondere auf dem Gebiete der Eisen- und Stahlerzeugung, wurden, nachdem man ihre Produktionsergebnisse und ihre Wirtschaftlichkeit überprüft hatte, im Laufe des Jahres 1959 aufgelöst oder, soweit sie nicht entbehrt werden konnten, erweitert und technisch modernisiert. Diesen neu organisierten industriellen Kleinbetrieben auf dem Lande sollte nach den Absichten der kommunistischen Partei eine wachsende Bedeutung innerhalb der industriellen Produktion und in der Versorgung des Landes mit Arbeitsgeräten und Konsumgütern zufallen.

Der Kommunegedanke ist also trotz der Mißerfolge, die sich 1959 zeigten, keineswegs aufgegeben worden. Im Gegenteil, man bildete sogar im Jahre 1959 in verstärktem Maße auch städtische Kommunen. Offenbar sind die im Jahre 1958 vorhanden gewesen Gründe gegen die Bildung städtischer Kommunen 1959 nicht mehr ausschlaggebend gewesen. Aufgabe der städtischen Kommunen sollte es sein, vor allem die mittleren und kleinen Betriebe aus dem Gebiet der Konsumgüterproduktion zusammenzuschließen. Die staatlichen Wirtschaftspläne sahen vor, daß die Betriebe der Stadtkommunen Schrott, Abfälle und andere nutzlos erscheinende Dinge verarbeiten und daraus nützliche Produkte herstellen sollten. Ende 1959 waren ungefähr 56 000 Industriebetriebe in Stadtkommunen organisiert, die rund 2 Mill. Arbeiter beschäftigten. Bis Ende 1959 errichteten die Stadtkommunen in den Mittel- und Großstädten 50 000 Gemeinschaftsküchen, die mehr als 5 Mill. Menschen versorgten, und 42 000 Kinderkrippen und -gärten, die 1,2 Mill. Kinder aufnahmen. Dadurch wurden etwa 3 Mill. städtischer Hausfrauen von der Hausarbeit befreit, so daß sie nunmehr in der Industrie als Arbeitskräfte verwendet werden konnten²⁴.

In den städtischen Kommunen werden entweder Bewohner bestimmter Stadtviertel zusammengefaßt oder sie sind der Zusammenschluß der Arbeiter und deren Familien bestimmter Betriebe, wobei die Arbeiter gezwungen wurden, mit ihren Familien in der Nachbarschaft der Arbeitsstätte ihre Wohnung zu nehmen.

Die Kommunen sind also Mittel, Arbeitskräfte zusammenzufassen und schwerpunktmäßig einzusetzen. Im Winter 1959/60 hatte man mit Hilfe der Kommunen etwa 70 Mill. Bauern aus ihren Dörfern fortgezogen und sie vorübergehend in anderen Provinzen als Arbeitskräfte eingesetzt, um dort Kanäle, Bewässerungseinrichtungen und Straßen zu bauen. Aber die einzelnen Bauvorhaben waren sehr häufig mangelhaft vorgeplant und in ihrer Anlage schlecht durchdacht, so daß einmal ein erheblicher Teil der Arbeiten nicht den beabsichtigten Zweck erfüllte, und dann konnte ein Teil der Vorhaben nicht recht-

²⁴ New China Agency, Peking 6. 4. 1960.

zeitig fertiggestellt werden, so daß viele dieser Bauern zu spät ihre Heimat wieder erreichten, um dort noch zeitgerecht bei der Frühjahrsbestellung mithelfen zu können.

Das war deswegen besonders unheilvoll, weil auf die schlechte Ernte von 1959 eine weitere Mißernte im Jahre 1960 folgte. Heftige, langandauernde Regenfälle in der Mandschurei, monatelange Dürre in Nordchina und überall große Schäden durch Befall mit Insekten und Ungeziefer waren die Ursachen. Der chinesische Landwirtschaftsminister Liao-Lu-yen meinte, daß die chinesische Landwirtschaft im Jahre 1960 die schwerste Naturkatastrophe seit 100 Jahren hätte über sich ergehen lassen müssen. Über die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche wurde von Dürre oder von Wasserschäden betroffen, so daß in manchen Gebieten überhaupt keine Ernte eingebracht werden konnte. Dadurch wurde die für 1960 vorgesehene Planerzeugung an Ackerfrüchten von 297 Mill. t bei weitem nicht erfüllt. Ohne Zweifel haben die Einwirkungen der Natur sehr stark zu dem schlechten Erntergebnis beigetragen, aber wohl in gleichem Maße ist daran schuld, daß man nur in ungenügendem Maße daran gegangen war, die Technik der landwirtschaftlichen Produktion zu heben und zu fördern, und daß man weiter die passive Resistenz der Bauern herausgefordert hatte, als man 1959 die Kommunepolitik nicht aufgab. 1959 wurden nach Angaben des chinesischen Landwirtschaftsministers Lia-Lu-yen nur 5 % der Ackerfläche mit Maschinen bearbeitet. Es fehlte an Traktoren und Geräten, die die zu stark auf die Rüstung abgestellte Industrie nicht hatte liefern können. Was an Arbeitsgeräten vorhanden war, wurde schlecht gepflegt und ging häufig verloren, weil die Bauern gleichgültig gegen Verlust geworden waren, seitdem die Arbeitsgeräte nicht mehr ihnen gehörten, sondern in das Eigentum der Arbeitsbrigaden übergegangen waren. Während in der Sowjetunion 1955 66 900 Traktoren vorhanden waren, verfügten die Chinesen 1959 nur über 26 900 Traktoren, eine Zahl, die nach Angaben der Roten Fahne vom 16. Februar 1960 bis Ende 1959 auf 59 000 sich erhöht haben soll. Aber 30 % der Traktoren waren nicht einsatzfähig, und von den Bewässerungsanlagen, die etwa 60 % der Ackerfläche mit Wasser versorgten, waren 20 % reparaturbedürftig²⁵. So kann man die Mißernte von 1960 nicht allein den Naturgewalten zur Last legen, sondern sie ist ebenso eine Wirkung der gesamten falschen Plan- und Wirtschaftspolitik und der passiven Resistenz der Bauern gegen die Kommunen.

Auf jeden Fall befindet sich die chinesische Wirtschaft seit 1960 in einer ernsten Krise. Denn die Mißernte beschränkte sich in ihren Wir-

²⁵ C.N.A. 330/1960 und 350/1961.

kungen nicht allein auf die Landwirtschaft und auf die Lage der Ernährung, sondern sie griff tiefer. Die Entwicklung der chinesischen Industrie hatte den Import von Investitionsgütern zur Voraussetzung, die mit Exporten von Agrarerzeugnissen bezahlt werden mußten. 70 % der chinesischen Exportgüter sind daher, wie es bei einem Entwicklungsland gar nicht anders sein kann, Agrarprodukte oder verarbeitete landwirtschaftliche Erzeugnisse. Da die zum Export benötigten Agrarprodukte nicht in genügender Menge vorhanden waren, konnten die Chinesen ihren Schuldverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion, die Maschinen geliefert und Kredite gewährt hatte, nicht nachkommen. Aber auch die Versorgung der vorhandenen eigenen Industrie mit Rohstoffen wurde durch die Mißernte ernstlich bedroht, denn die Leichtindustrie, die agrarische Rohstoffe verarbeitet, bestreitet $\frac{4}{5}$ des Produktionswertes der industriell hergestellten Konsumgüter²⁶. Da es der Konsumgüterindustrie an Rohstoffen fehlte, ging die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern, vor allem mit Bekleidung, zurück. Selbst in den großen Städten wurden 1961 nur 1 m Baumwollstoff je Kopf der Bevölkerung zugeteilt (C. N. A. 404/1962). Besonders aber verschlechterte sich die Ernährungslage weiter, obwohl im Januar und Mai 1961 China in Canada insgesamt 5,8 Mill. t Weizen, 1,6 Mill. t Gerste und rund 50 000 t Mehl gegen Devisen gekauft und eingeführt hat. Die Rationierung der Lebensmittel mußte verschärft werden. Bis zum September 1960 erhielten die Chinesen noch durchschnittlich 500 g Reis je Kopf und Tag. Dann wurde die Ration auf 400 g vermindert. Fleisch gab es praktisch nicht. An Fett erhielten die Chinesen im allgemeinen 65 g Speiseöl je Kopf und Monat. Zucker wurde nur an Kranke und Schwerarbeiter verteilt, Gemüse konnte man, soweit vorhanden, erstehen. In den Kantinen wird dem Reis beim Kochen mehr Wasser zugesetzt. Statt aus 500 g Reis durch den Zusatz von Wasser eine Mahlzeit von 1000 g herzustellen, werden es jetzt durch vermehrten Wasserzusatz 2000 oder gar 2500 g²⁷. Im Sommer 1961 endlich erhielt der Chinese im Durchschnitt täglich nur noch 1700 Kalorien, darunter 5 g Eiweiß statt wie in Westeuropa und den USA 70 bis 80 g. Nach ärztlicher Auffassung beträgt für die ostasiatischen Völker das Minimum pro Kopf und Tag 2300 Kalorien. Die durchschnittliche Zuteilung an Reis je Kopf der Bevölkerung betrug Mitte 1961 10 kg im Monat, also etwa 333 g pro Tag. Chinesische Schwerarbeiter bekommen bei zehnstündiger Arbeitszeit etwa den dritten Teil der 4000 Kalorien, die die Schwer-

²⁶ Landw. Minister *Liao-Lu-yen* in Peking Review, Nr. 37, v. Sept. 1960.

²⁷ C.N.A. 364, 382/1961.

arbeiter in Westeuropa täglich erhalten²⁸. So ist es kein Wunder, wenn die Arbeitsleistung in der Industrie zurückgeht, wenn an verschiedenen Stellen, wie z. B. in dem großen Industriekombinat von Anshan in der Mandschurei, Streiks ausgebrochen sind, weil die Arbeiter ungenügend ernährt worden sind (C. N. A. 403/1962), und wenn sich unter der Bevölkerung in zunehmendem Umfange Mangelkrankheiten wie Hungerödeme, Beriberi und Lebererkrankungen zeigen. Wie groß die Hungersnot in China sein muß, geht wohl am besten daraus hervor, daß nach Angaben der englischen Postverwaltung in Hong-Kong von hier aus von den nach Hong-Kong geflohenen Chinesen täglich 40 bis 50 t Lebensmittel in Postpaketen nach China an die dort zurückgebliebenen Angehörigen versandt werden.

In dieser Lage erklärte der Vorsitzende der staatlichen Plankommission Li-Fu-chun am 1. September 1960 in einem Aufsatz in der Roten Fahne²⁹, daß China sich bis 1958 im Stadium der sozialistischen Revolution und im Beginn des Aufbaues des Sozialismus befunden hätte. Aber seit 1958 stehe man mitten im sozialistischen Aufbau, und da sei die Parole angesichts der Naturkatastrophen, „Wiederbelebung aus eigener Kraft“. Diese Parole faßte er in ein Sechspunktprogramm zusammen, von denen der erste für uns von Interesse ist. Es heißt dort: „Die Grundlage wirtschaftlicher Entwicklung ist die Landwirtschaft. Die Agrarproduktion muß den ersten Platz einnehmen.“ Unter dem Druck der Hungersnot hat man anscheinend das erkannt, was die westlichen Nationalökonomten den Entwicklungsländern schon immer gesagt hatten, und so wird hier der Versuch deutlich, sich von der marxistisch-leninistischen Theorie vom Vorrang der schweren Industrie zu lösen. Aber die Volkskommunen sollen nicht etwa ebenso fallengelassen werden wie diese Theorie, sondern „alle Zweige der Volkswirtschaft, der Industrie, des Verkehrswesens, der Handel ebenso wie Wissenschaft und Erziehung müssen sich zusammentun, um den Volkskommunen zu helfen“. Der chinesische Landwirtschaftsminister Liao-Lu-yen verlangt in der gleichen Nummer der Roten Fahne, daß die gesamte Partei und das gesamte chinesische Volk in Bewegung gesetzt werden müßten, um der Landwirtschaft zu helfen, denn „die Landwirtschaft ist die Grundlage der Volkswirtschaft und die Industrie der führende Faktor in der Entwicklung. Die bevorzugte Entwicklung der Industrie und die beschleunigte Entwicklung der Landwirtschaft, also die Vereinigung von beiden, ist die grundlegende Direktive des Genossen Mao-Tse-tung“. Damit wird also eine neue Theorie vom „Gehen auf beiden Beinen“ aufgestellt. Das Problem,

²⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 102, v. 3. 5. 1961, und Nr. 278, v. 30. 11. 1961.

²⁹ C.N.A., Nr. 341/1960.

das nunmehr zu lösen ist, sieht der Minister darin, daß die Volkskommunen und alle ihre Glieder auf das höchste aktiviert werden müßten. So wird die Parole ausgegeben: „Die Ernte von 1961 muß eine Rekordernte werden.“ Jeder Fetzen Land soll deswegen bestellt werden, alle verfügbaren Arbeitskräfte gehören aufs Land! Von den Arbeitskräften der Produktionsbrigaden sollen 95 % in der landwirtschaftlichen Arbeit eingesetzt und nur 5 % dürfen für andere Zwecke abgezweigt werden. Alle in Handel und Industrie irgend entbehrlichen Arbeitskräfte gehören jetzt aufs Land, und den Bauern versprach man, daß sie nicht mehr zu Masseneinsätzen außerhalb ihrer Heimat herangezogen werden sollten³⁰.

Die Volkskommunen bleiben also trotz allem bestehen. Aber Ende 1960 hat sich eine weitere Wandlung in den Volkskommunen vollzogen³¹. Doch ist darüber kein Parteibeschuß oder Regierungsdekret veröffentlicht worden. Die Arbeitsbrigade, d. h. die Dorfgemeinschaft soll im Rahmen des von der Produktionsbrigade im großen Rahmen festgelegten Produktions-Bestellungs- und Arbeitsplanes das Recht haben, die Früchte anzubauen, die dem Boden angemessen sind. Sie soll ferner die Anbaumethoden bestimmen und verbessern und darüber entscheiden dürfen, welche und wie viel Arbeitskräfte einzusetzen sind. Die Produktionsbrigade bleibt zwar Eigentümerin des Grund und Bodens, aber die Arbeitsbrigade, die sich mit der Bewohnerschaft eines Dorfes deckt, darf den Boden und die Produktionsmittel nutzen und die geernteten Früchte, die ihr gehören, an die Produktionsbrigade zu staatlich festgesetzten Preisen verkaufen. Die Arbeitsbrigade entlohnt nach Maßgabe der von den einzelnen Mitgliedern geleisteten Tagewerke. Daraus ergibt sich: die Kommunen bestehen formal weiter, aber sie sind praktisch ausgehöhlt und an ihre Stelle ist in Wirklichkeit die alte sozialistische Produktionsgenossenschaft, also die Kolchose, getreten. Aber das bedeutet keineswegs, daß man den Sprung nach vorn aufgegeben hat. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein, wenn Liu-Shao-chi, der Stellvertreter Mao-Tse-tungs, am 40. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei, am 1. Juli 1961, sagte: „Der Sprung nach vorn zeigte viele Mängel und dazu kommen zwei hintereinanderfolgende Jahre, die uns schwere Naturkatastrophen brachten. Das zeitige vorübergehende Schwierigkeiten, aber sie schrecken uns nicht, im Gegenteil, sie stählen uns, daß wir noch entschlossener werden. ... Die auf dem Eigentumsprinzip der Produktionsbrigade basierten Volkskommunen müssen auf eine gesunde Grundlage gestellt werden.

³⁰ C.N.A., Nr. 356 u. 383/1961.

³¹ C.N.A., Nr. 358/1961.

Die Überlegenheit der Volkskommune muß zur Förderung der Agrarproduktion voll zum Einsatz gebracht werden³².“

C.

Fassen wir noch einmal zusammen, wie es mit dieser Überlegenheit der Volkskommunen aussieht:

1. Die Volkskommunen haben die chinesische Staatsverwaltung und die chinesische Volkswirtschaft in ein Chaos verwandelt;
2. die Volkskommunen haben die Ernährungslage in China außerordentlich verschärft und die Wirkungen der Naturkatastrophen gesteigert;
3. der Sprung nach vorn hat das aus einer Reihe von anderen Gründen gespannte Verhältnis zwischen China und der Sowjetunion verschärft, weil es die ideologische Einheit des sozialistischen Lagers gefährdet.

Aber vor allem haben die Kommunen die Auflösung der chinesischen Familien eingeleitet, die bisher das Fundament der chinesischen Gesellschaft war.

Die vorstehende Untersuchung hat jedenfalls gezeigt, wie Recht Rostow hat, wenn er die in China betriebene Agrarpolitik als eine Politik bezeichnet, die diejenigen Maßnahmen untergräbt, die eine Erhöhung der Agrarproduktion ermöglichen würden. Die Ursache der Krankheit, von der alle kommunistischen Volkswirtschaften befallen worden sind, liegt eben darin, daß man einer Theorie zu Liebe die wesentlichen Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion und des Lebens auf dem Lande im Rahmen der bäuerlichen Wirtschaft verkannt hat, und daß andererseits die vornehmlich auf die Herstellung von Rüstungsgütern eingestellte Industrie nicht in der Lage ist, der Landwirtschaft die erforderlichen Maschinen und Ersatzteile zu liefern, die sie braucht, um ihre Arbeitsproduktivität wirkungsvoll zu steigern. So kommt es, daß ein großes Agrarland, wie China, heute vor einer Hungerkatastrophe sondergleichen steht, die vom „Leuchtturm auf dem Wege des Kommunismus“, von Mao-Tse-tung, heraufbeschworen worden ist.

³² C.N.A., 380/1961.